

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 61 (1981)
Heft: 3

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

WACHSENDE POLARISIERUNG IN GROSSBRITANNIEN

Innerhalb der Bandbreite demokratischer Staatsordnungen könnte der Kontrast, der zwischen den politischen Strukturen in der Schweiz und in Grossbritannien besteht, kaum grösser sein. Auf der einen Seite ein System, das bis in seine feinsten Verästelungen den Prinzipien des Kompromisses, des Proporz und des Minderheitenschutzes verpflichtet ist; im Falle Englands dagegen eine lange Tradition der Polarisierung, der Konfrontation und des Majorzes.

Solange die britische Lösung von innen- und aussenpolitischen Erfolgen getragen wurde, fehlte im Lande selbst der Anstoss für eine kritische Überprüfung der geltenden politischen Ordnung. Daran vermochte auch der regelmässige Austausch der Regierungs- und Oppositionsbänke zwischen den Konservativen und Labour kaum etwas zu ändern. Von den landesweit organisierten Parteien haben in den letzten Jahren einzig die Liberalen versucht, die politischen Ursachen des rapiden wirtschaftlichen und sozialen Abstiegs Grossbritanniens zu erhellen. Durch den Majorz seit sechs Jahrzehnten zu politischer Ohnmacht verurteilt, kämpft die Liberale Partei für eine tiefgreifende Reform des britischen Wahlrechts. Die beiden grossen Parteien sehen aus naheliegenden Gründen keinen Anlass, am bestehenden System irgendetwas zu verändern. In Fairness bleibt beizufügen, dass die Liberalen, als sie zu Beginn dieses Jahrhunderts unter

Lloyd George mit einer Rekordmehrheit ins Unterhaus einzogen, auch nicht an Wahlrechtsreformen dachten.

Noch bis vor kurzem hätten die meisten Briten der Frage des Wahlrechts im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen und sozialen Erneuerung ihres Landes nur einen sehr geringen Stellenwert eingeräumt. Die Einführung des Proporz wurde gemeinhin als billiges Vehikel der Liberalen angesehen, auch an den Privilegien der Macht teilhaben zu können, und als sicherer Weg zu politischem Chaos von italienischen Dimensionen abqualifiziert. Jüngste aussen- und innenpolitische Entwicklungen lassen jedoch viele Briten den ganzen Problemkomplex in einem neuen Licht sehen.

Seit dem Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft sind die Briten ungeachtet aller Reserviertheit gegenüber dem Kontinent für europäische Statistiken sensibler geworden. Vergleichszahlen zu Bruttosozialprodukt, Lebensstandard, Produktivität, Inflation und Arbeitslosigkeit in den EG-Mitgliedsländern zeigen mit aufdringlicher Konstanz, dass die Briten schon seit Jahren in der «Liga der Neun» stets weiter zurückfallen. Heute steht Grossbritannien in nahezu allen relevanten EG-Ranglisten in der drittletzten Position, lässt nurmehr Italien und die Republik Irland hinter sich. Die Tatsache, dass von Jahresbeginn 1981 an diese Tabelle mit

Griechenland ein neues Schlusslicht hat, kann kaum Trost bieten und kann insbesondere nicht die nationale Schmach mindern, dass man gegenüber den traditionellen Rivalen Frankreich und Deutschland so massiv an Boden verloren hat.

Die Frage liegt nahe, weshalb dieses Land, das im Vergleich zum verwüsteten Deutschland und zu den vom Krieg stark in Mitleidenschaft gezogenen Benelux-Ländern und Frankreich einen so ungleich viel besseren Start nach dem Zweiten Weltkrieg haben konnte, von eben diesen Staaten überrundet wurde. Die Schuld kann nicht einfach auf eine der beiden Grossparteien abgeschoben werden, denn Tories und Labour teilten sich ziemlich gleichmässig in die 35 Regierungsjahre seit Kriegsende.

Der vor allem dem Kontinent reichlich zufließende Marshall-Fonds, der durch die Entkolonialisierung verursachte Aderlass, die kriegsbedingte Erschöpfung der Bevölkerung sowie die vergleichsweise frühe Industrialisierung Grossbritanniens haben zweifellos die wirtschaftliche Stellung dieses Landes in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in der Konkurrenz zu den anderen westeuropäischen Industriestaaten geschwächt. Doch reicht diese Erklärung nicht aus. Der wirtschaftliche Fortschritt wurde und wird noch immer in Grossbritannien durch archaische und weitgehend feudalistische Gesellschaftsstrukturen sowie durch chronisch schlechte Beziehungen zwischen den Sozialpartnern behindert.

Ein Überblick über die Wahlergebnisse der siebziger Jahre zeigt, dass die innenpolitische Szenerie in den meisten westeuropäischen Demokratien

durch eine recht scharfe Polarisierung zwischen dem bürgerlichen und dem sozialdemokratischen Lager beherrscht wird. In verschiedenen Ländern sind zudem die Mehrheitsverhältnisse äusserst prekär, oft trennen im Parlament nur wenige Stimmen Mehrheit und Minderheit voneinander. In fast allen Staaten sind es schliesslich sorgfältig ausbalancierte Koalitionen, welche die Regierung bilden. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, gibt es in Westeuropa kaum eine Partei, die allein eine mehrheitsfähige Regierung stellen kann, weshalb dem Zentrum und sehr oft dem quantitativ kleinen Lager der Liberalen ein disproportionaler Anteil an der Regierungsmacht zufällt. Das Schulbeispiel ist die Bundesrepublik, wo seit Jahrzehnten ohne die FDP nicht regiert werden kann.

Von Warnung zu Exempel

Bis vor kurzem wurde in Grossbritannien der Fall der Bundesrepublik als abschreckendes Exempel dafür gebracht, wohin der Proporz zwangsläufig führen muss: eine kleine Partei, die nur von einer schmalen Wählerbasis getragen wird und die demzufolge sehr eng begrenzte Interessen vertritt, erpresst die grossen Parteien, die eigentlich vom Volk zum Regieren erkoren worden sind, und verzerrt deren Regierungsprogramm in ungebührlicher Weise. Das Regieren, so die Majorz-Verfechter, würde dadurch von den Eskapaden von Minderheiten abhängig gemacht. Die Bilanz der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung in Grossbritannien und in Deutschland im Verlaufe der letzten

zwanzig Jahre hat dieser Argumentation jedoch den Boden entzogen und zahllose Gründe für eine Befürwortung des Proporz und der Koalitionsregierungen geschaffen. Blickt man über die Grenzen einer Legislaturperiode hinweg, so hat in diesen zwanzig Jahren nicht Grossbritannien, sondern die Bundesrepublik die stabilere Regierung gehabt, so ist nicht Deutschland, sondern das Vereinigte Königreich von Minderheiten regiert worden.

Die Briten haben nun schon seit Jahrzehnten das zweifelhafte Privileg, die Versuchstiere für die unterschiedlichsten Sozial- und Wirtschaftstheorien zu sein. Jede Regierung handelt so, als sei sie im alleinigen Besitz der Wahrheit, und verwendet einen Grossteil ihrer Energien darauf, das, was ihre Vorgängerin verfügt hat, wieder rückgängig zu machen. Auf die Nationalisierung von Schlüsselindustrien folgt die Entnationalisierung, auf die Liberalisierung des internationalen Geldmarktes dessen extreme Reglementierung, auf die steuerliche Bestrafung höherer Einkommen die Demontage des Sozialstaates, auf einen Keynes in extremis folgt ein Milton Friedman in extremis, und alle diese Kurswechsel werden jeweils im Namen des Volkes vollzogen, von dem oft nicht viel mehr als ein Drittel der Wahlberechtigten für die Partei des Premierministers gestimmt hat, der in Downing Street No. 10 einzieht. Die Stimme der Gemässigten, die Interessen des Mittelstandes, der Klein- und Mittelbetriebe, des Gewerbes und der freien Berufe fallen zwischen die grünen Bänke in Westminster. Auf sie braucht die Regierung keine Rücksicht zu nehmen, nicht nur weil keine

Koalitionen eingegangen werden müssen, sondern auch und vor allem weil keine der beiden grossen Partei-maschinerien von ihnen abhängig sind.

Programmierter Konflikt

Damit wäre diese kurze Analyse des «britischen Übels» beim Kern der ganzen Problematik angelangt: In Grossbritannien wird der Graben zwischen den Sozialpartnern direkt und ungeschmälert ins Parlament hinein fortgeführt. Hier trennt er nicht Arbeitgeber und Arbeitnehmer, nicht CBI (Confederation of British Industry) und TUC (Trade Union Congress), sondern Regierung und Opposition. Die Konservativen könnten ohne massive Geldspenden aus der Grossindustrie finanziell nicht überleben. 1979 spendeten insgesamt 445 Betriebe einen Rekordbetrag von 11 Millionen Franken in die Tory-Kassen, während Labour nichts aus der Industrie erhielt, sondern sein Budget zu 90 Prozent aus Gewerkschaftsbeiträgen finanzieren musste. Der Einfluss der Gewerkschaften in der Labour Partei ist denn auch statutarisch abgesichert, indem die Gewerkschaftsvertreter am Parteitag eine massive Mehrheit an Blockstimmen haben.

Konfrontation ohne Grenzen

Es ist offensichtlich, dass auch in anderen Ländern die politischen Parteien ohne erhebliche Zuschüsse aus den ihnen nahestehenden Interessenorganisationen nicht wirksam arbeiten könnten. Dass Interessenverbände direkt und indirekt ihren Einfluss im

Parlament geltend machen, schadet der Demokratie nicht. Nachteilig wirkt sich hingegen aus, wenn über Jahrzehnte hinweg jeweils eine einzige Interessengruppierung uneingeschränkt und kompromisslos ihre Politik durchsetzt. Die Versuchung, ein Regierungsmandat ohne jegliche Rücksichtnahme auf einen nationalen Konsens auszuüben, hat sich in der Regel als zu gross erwiesen. Die frustrierte Opposition wartet nur darauf, nach den nächsten siegreichen Wahlen die Errungenschaften der Vorgänger möglichst vollständig zunichte zu machen.

Diese Politik der Konfrontation hat sich im Bereich der Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern als besonders verhängnisvoll erwiesen. Eine konzertierte Aktion wie in Deutschland oder gar ein Friedensabkommen wie in der Schweiz sind in Grossbritannien schlichtweg undenkbar. Es ist sachlich kaum zu bestreiten, dass das britische Gewerkschaftswesen tiefgreifenden, radikalen Reformen unterzogen werden muss. Die Fälle, wo unverantwortliche Gewerkschaftsforderungen einzelne Betriebe, ja ganze Industriezweige ruiniert haben, sind zahlreich. Die «Times», British Leyland, die British Steel Corporation und Ford sind nur die jüngsten und bekanntesten Beispiele aus einer langen Reihe von bitteren und schonungslosen Arbeitskämpfen, bei denen am Ende Tausende von Arbeitsplätzen verloren gingen. Die gegenwärtige Regierung ist nach dem verheerenden Streikwinter 1978/79 mit dem klaren Programm gewählt worden, auf dem Gesetzeswege die übelsten Auswüchse gewerkschaftlicher Allmacht zu be-

seitigen. Sie ist diesem Versprechen bisher nur sehr zögernd nachgekommen, obschon die öffentliche Meinung nach wie vor überwiegend antigewerkschaftlich ist. Einer der wesentlichen Gründe für dieses Versagen liegt eben darin, dass die Regierung Thatcher nicht in der Lage ist, das Vertrauen und die Kooperationsbereitschaft zumindest der gemässigten Gewerkschaftsführer zu gewinnen, da sie mit dem Stigma der einseitigen Interessenvertretung behaftet ist. Die gegenwärtige Regierung wird von den Gewerkschaften als Vollzugsorgan enger Klasseninteressen und nicht als dem nationalen Wohl verpflichtete Exekutive angesehen.

Es fällt nicht schwer, für die kommenden Jahre eine rapide Verschärfung der sozialen Konflikte in Grossbritannien vorherzusehen. Schuld daran trägt nicht nur die schlechte Wirtschaftslage mit nach wie vor rasch ansteigender Arbeitslosigkeit, sondern auch die zunehmende Polarisierung der öffentlichen Meinung und das Übergewicht der radikalen Linken in der Labour Partei. Auch wenn Meinungsumfragen in wahlfreien Zeiten nicht überbewertet werden dürfen, so ist es doch bedeutungsvoll, dass der neue Labour Leader Michael Foot, in der Verteidigungs-, Aussen- und Gesellschaftspolitik eindeutig auf der Seite der Labour-Linken, im Falle eines Fehlschlags der gegenwärtigen Bemühungen um die Formierung einer sozialdemokratischen Partei der nächste Premierminister werden könnte. Es ist damit zu rechnen, dass eine zukünftige Labour-Regierung weiter links stehen wird als jede andere seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Gleichzeitig mit der Radikalisierung der

grössten Oppositionspartei wird das Bedürfnis nach einer Abkehr vom reinen Majorz und von der Konfrontation zunehmen. Die Möglichkeit des von zahlreichen Labour- und Gewerkschaftsexponenten beschworenen zivilen Ungehorsams, der Politik der Strasse, birgt schwere Gefahren in sich, nicht nur für die Zukunft der

britischen Demokratie, sondern auch für die Freiheit des Westens insgesamt. Und die Chancen einer tragenden Mitte – Liberale und von Labour sich trennende Sozialdemokraten – sind trotz günstiger Meinungsumfragen noch nicht abzuschätzen.

Urs Schöttli

«TECHNIK, WOZU UND WOHIN?»

Die schweizerische Wirtschaft, öffentliche Organisationen und Private haben der ETH Zürich zum Jubiläum ihres 125jährigen Bestehens eine Spende von 8,7 Millionen Franken überreicht. Der Bundesrat hat die Schenkung im Januar formell angenommen. Anlässlich der Übergabe hielt der Winterthurer Industrielle Herbert Wolfer als Präsident des Komitees, das die Sammlung durchführte, eine Ansprache, der wir die nachfolgenden Überlegungen entnehmen.

Die Wirtschaft, welche die moderne Technik einsetzt, ist heute, noch mehr als die Hochschule, eine Zielscheibe der Kritik. Sie hat aber – beschränken wir uns einmal auf unser Land – den «Despotismus physischer Not» gebrochen und einen noch nie gekannten Wohlstand ermöglicht. Er kann nur erhalten bleiben, wenn die Arbeitsleistung andauert, und nur weiter wachsen, wenn die Produktivität gesteigert wird. Die Wirtschaft muss einen Ertrag abwerfen, damit sie sich an die ständig wechselnden Anforderungen anpassen und so weiter gesund bleiben kann. Das ist eine notwendige, jedoch nicht hinreichende Bedingung. Sie muss dahin ergänzt werden, dass dieser Ertrag nicht erzielt werde auf Kosten hoher ideeller Werte, wie sie

die Menschlichkeit oder die uns umgebende Natur darstellen. Ein solcher Geldgewinn wird zu Recht kritisiert. Die Wirtschaft deswegen gesamthaft zu verurteilen, ist aber nicht gerechtfertigt; sie durch Reglemente lenken zu wollen, ist aussichtslos. Denn auch sie selber umfasst nicht nur Materielles; sie wird nach wie vor von schöpferischem Geist getragen. Sie hat durch die Technik entscheidende Impulse erhalten und ist so auf ein hohes, anspruchsvolles Niveau gehoben worden.

Die technische Hochschule, welche Wissenschaft und Lehre hochhalten soll, findet in ihr einen geistig ebenbürtigen Partner. Zu einem gültigen «Wozu» der Schule ist ein möglichst enger Kontakt mit der Wirtschaft

nicht nur wünschenswert, sondern notwendig. Die Betreuung des Jubiläumsfonds soll für die leitenden Stellen beider Seiten eine dauernde Kontaktnahme anbahnen. Damit soll auch für das «Wohin» – selbstverständlich unter Wahrung der Freiheit der Lehre – ein im Gesamtinteresse liegender Weg abgesteckt werden.

Als Bundesinstitution nimmt die ETH eine besondere Stelle ein. Gerade diese eigene Persönlichkeit soll auch mit der Jubiläumsspende anerkannt und geehrt werden. Die Hochschule ist eine geistige Macht, die das Schicksal unseres Landes mitbestimmt. Sie sollte, trotzdem ihre eigene Organisation sich stark in die Breite entwickelt hat, diese Potenz, die Vertikale, in einem Zeitalter, das nur noch das Einebnen betreibt, aufrechterhalten, ja wegweisend verstärken. Denn unsere freiheitlichen Institutionen, und mit ihnen Schule und Wirtschaft, sind durch horizontale Kräfte bedroht.

Die ETH hat auf dem Gebiete der Wissenschaft hervorragende Leistungen erbracht, und ihre Absolventen haben sich in der Wirtschaft vielfach bewährt. Trotzdem hat auch ihre Lehrtätigkeit bis heute eher den Rationalismus und damit den Fortschritt des Materialismus begünstigt. Schon lange vor dem Gründungsjahr der ETH hatten die Forscher Naturgesetze gefunden, die sich in mathematischen Begriffen ausdrücken liessen. Die Geheimnisse der Natur schienen sich in abstrakten Theorien zu offenbaren. So wunderbar diese Entdeckungen waren, und so oft sie immer durch das Experiment bestätigt wurden, um so weiter entfernten sie das wissenschaftliche von einem hu-

manistischen Weltbild. Es wurde auf einen Determinismus reduziert und auf einen Materialismus nivelliert. Schon Goethe aber verurteilte eine durch die Hochschule vermittelte Lehre, die sich nur auf Materielles beschränkt:

*«Daran erkenn ich
den gelehrten Herrn:
Was ihr nicht tastet,
steht euch meilenfern
Was ihr nicht fasst,
das fehlt euch ganz und gar
Was ihr nicht rechnet,
glaubt ihr, sei nicht wahr
Was ihr nicht wägt,
hat für euch kein Gewicht
Was ihr nicht münzt,
das meint ihr, gelte nicht.»*

Die Wissenschaft hat dennoch in den folgenden hundert Jahren den Kosmos entseelt. Noch vor kurzem konnte ein Jacques Monod feststellen: «Das frühere Verbundensein ist zerbrochen. Der Mensch weiss es endlich: er ist allein in der ungeheuren indifferenten Grösse des Universums, aus dem er durch Zufall erstanden ist.»

Dass mit einer solchen Denkart der Techniker und der Architekt ihre Konstruktionen nur nach messbarer Zweckmässigkeit, ohne Rücksicht auf den Lebensraum planten und durchführten, ist verständlich. Vielmals verleiteten sie die mächtigen Werkzeuge der Technik, ihre Absichten bewusst gegen die Natur, sogar als ihre Bezwinger durchzusetzen. Und seit manchen Jahren hat die Mehrzahl unserer Behörden, einem Fortschritt dieser Art huldigend, die Bedeutung ideeller Werte – die nicht gemünzt werden können – weit unterschätzt.

Der mit der Technik unter Beinträchtigung der Umwelt erreichte Wohlstand und des Menschen Dasein als weltloses Subjekt führten bei vielen, vor allem jüngeren Leuten, zu einer Auflösung nicht mehr als notwendig erachteter Bindungen und zur Missachtung von Erfahrung – Geschichte – und Autorität. Gleichzeitig mit einer Lostrennung von einer Verbindung nach oben erfolgte auch eine Entwurzelung und somit eine Atomisierung des Einzel Lebens. Es ist durch Beziehungslosigkeit seelisch belastet worden.

Die so entstandene Gesellschaft empfindet darob wohl ein Unbehagen, aber die Forderungen der Zeit werden geflissentlich missachtet. Die lautesten Kritiker glauben, die Lebensqualität durch noch mehr materielle Forderungen und noch mehr Nivellierung zu verbessern. Nicht nur Einkünfte und Eigentum sollen weiter eingeebnet werden, sondern auch Führung und Verantwortung: noch mehr Demokratie, Mitbestimmung von allen und bei jedem, behördliche Massnahmen auf Grund eines Gallup-polls der Nicht-Informierten. Eine nach solchen Ideen gestaltete Ordnung führt – weitab von Menschlichkeit – zu Immobilität, zur Erstarrung und zur Diktatur von kurzsichtigen Kollektiven. Sie zeigt, dem leblosen Weltbild vergleichbar, eine Gesellschaft, die sozusagen den Zustand maximaler Entropie erreicht hat.

Aber die Gesellschaft und das Leben sind dynamisch. Der schöpferische Geist wird diesen erlahmten und zementierten Zustand – entsprechend den in der Wissenschaft neu erkannten dissipativen Strukturen – wieder aufbrechen. Es ist zu hoffen,

dass dabei die Hochschule, nicht zuletzt die ETH, eine führende Rolle übernimmt.

Sie hat mit der Errichtung eines Lehrstuhls für die Philosophie der Wissenschaften und der Berufung eines kritischen Denkers damit bereits einen Anfang gemacht. Eine Verstärkung des Einflusses der Philosophie – allerdings nicht um sie regieren zu lassen, wie es Plato empfiehlt – wäre gerade einer technischen Hochschule durchaus angemessen. Dazu müsste auch ein Lehrstuhl für die Philosophie und die Geschichte der Technik gehören. Am Ende sollte die Lehre an der ETH allseitig durch Kräfte getragen werden, die über der von Goethe geschilderten Mentalität stehen.

Nun wird aber auch an anderen Hochschulen oder Instituten einer Reintegration der Wissenschaft in das kulturelle Leben, in das Leben überhaupt, vermehrte Aufmerksamkeit geschenkt. Hervorgehoben seien hier die Arbeiten von Ilya Prigogine in Brüssel. Sie legt in einem kürzlich erschienenen Buch die wissenschaftliche Erkenntnis einer Verbundenheit des Menschen mit der Natur dar. Das letzte Kapitel überschreibt sie mit *«le réenchantement du monde»*.

Dieses «wieder zum Wunder werden» der Welt muss zweifellos der kommenden Generation vor Augen geführt werden. Es macht sie für alle wieder lebenswert.

Eine Bereicherung und Ausweitung der Welt wird aber letztlich immer im schöpferischen Geist gesucht und durch seine Anerkennung verwirklicht werden müssen. Er wirkt in allen Dingen. Wo Materie ist, ist auch Geist; sie ist seine Manifestation.

Wenn der westliche Mensch dies erkannt hat, ist er nicht mehr allein in der ihm nahen und fernen Natur, und dann muss auch seine Beziehung zu ihr, insbesondere als Techniker, sich grundlegend ändern. Er ist dann nicht mehr ihr Bezwingler, sondern als ein Teil von ihr wird er sich mit ihr verbunden fühlen und sich selber nicht durch eine Durchkreuzung ihres Wesens schädigen wollen. Materie und Landschaft gehören dazu, nicht minder als alles Lebende.

Die Kraft des Geistes lässt nicht nur den grossen Kosmos zum Wunder, sondern den Menschen wahrhaft menschlich werden. Sie wirkt in seinem Innern, und sie ist verbunden mit dem Höchsten. Sie öffnet den Raum der Freiheit. Ihr eignet das Qualitative, das vertikal, im Gegensatz zum Quantitativen, das horizontal orientiert ist. Sie ist mit technischen Messinstrumenten nicht messbar, aber sie ist in den Augen von vielen realer als die Materie, weil sie unzerstörbar ist.

Die Frage «wohin» für die Technik und die Wissenschaft – auch für die Gesellschaft als Ganzes – ist da-

hin zu beantworten, dass das Ziel eine erneute Anerkennung der schöpferischen Geisteskraft sein muss.

Die Hochschule, und mit ihr die ETH, hat die Möglichkeit und die Aufgabe, den Weg dahin zu suchen und zu öffnen.

Für die Jungen würde damit die Sinnfrage konkretisiert, und zwar mit einer Ausrichtung eines beruflich aktiven Lebens auf die Erkenntnis des Geistes und auf eine Identifikation mit ihm.

Die klassische Wissenschaft würde vor allem für die Technik ihre grosse Bedeutung behalten; sie stellte aber in einem neuen Weltbild nur mehr einen unter vielen anderen Aspekten dar. Die Politik und die Wirtschaft würden vermehrt andere als materielle Leitbilder erhalten. Das Unbehagen im Wohlstand löste sich im Inneren von höheren Werten.

Denn «Warum soll dem Menschen das gelingen, was er von der Ameise hat» – so sagte der junge Schiller –, «wenn ihm das fehlschlägt, was ihn den Göttern gleichgemacht?»

Herbert Wolfer